

SHORT NEWS

ASBL-Gesetzgebung vor dem Aus

Es ist nicht ganz selten, dass Gesetze in Luxemburg handwerklich schlecht gemacht sind und schon wenige Jahre nach ihrem Inkrafttreten nachgebessert werden müssen. Jetzt droht einem vom Justizministerium ausgearbeiteten Gesetzesvorschlag das Aus, noch bevor er in die parlamentarische Bearbeitungsphase gelangt. Es geht um die Reform des Gesetzes für Vereine ohne Gewinnzweck - associations sans but lucratifs (asbl). Wie zu erfahren war, will die Regierung als Initiator den Text zurückziehen und später einen neuen vorlegen. Die zahlreichen asbl, die sich in dieser Woche gegen wesentliche Aspekte der Reform ausgesprochen hatten, können also einen Sieg verbuchen, ohne für ihn eine parlamentarische Schlacht geschlagen zu haben. Ursache für den Rückzug dürfte wohl ein Umdenken im Justizministerium sein, das ja im Sommer einen neuen Hausherrn bekommen hat. Das Bestreben der Vereinigungen geht dahin, eine Reform zu bekommen, die ihnen das Leben leichter und nicht komplizierter macht. Deshalb soll nun durch eine Kategorisierung erreicht werden, dass kleinere asbl mit wenig Geld und ohne Personal nicht mit Monster-Verbänden über einen Kamm geschoren werden. Die Gesetzesreform ließ den Verdacht aufkommen, dass ihr Zweck wohl vor allem darin bestand, die bisherige Stiftungsgesetzgebung - die hierzulande in jener der asbl integriert ist - im Rahmen der neu gegründeten „Fondation de Luxembourg“ so umzustellen, dass sie der Entwicklung dieser letzteren förderlich wäre. In diesem Sinne war beabsichtigt, die Mindesteinlage einer Stiftung von derzeit etwa 12.500 Euro auf 250.000 zu erhöhen. Die nationale Stiftung, die als eine Art Dachorganisation die existierenden Stiftungen betreuen und die kleineren unter ihnen „hosten“ soll - jedesmal gegen ein Entgelt, das sich u. a. am Finanzvolumen bemisst - braucht wohl dringend zahlungskräftige Kundschaft.

Grüne vor Statutenreform

14 Jahre nach der Fusion der beiden grünen Parteien sollen nun die Strukturen der Partei durch eine umfassende Statutenreform neu definiert werden. Als wichtigste Neuerung dürfte dabei die Einführung des Delegiertenprinzips gelten. Bislang waren bei nationalen Parteikongressen sämtliche Mitglieder stimmberechtigt. Dies hatte den Effekt, dass es oft schwierig war, das notwendige Quorum (das kontinuierlich gesenkt werden musste, um der wachsenden Zahl der Mitglieder gerecht zu werden) zusammenzubekommen. Ausserdem wurde dadurch einer gewissen Beliebigkeit Vorschub geleistet, da ja im Vorfeld die Zusammensetzung der Kongresse nicht bekannt war. Doch sehen viele grüne Mitglieder mit der Einführung des Delegationsprinzips auch die Gefahr einer weiteren Zentralisierung des Parteiapparates heraufziehen, durch die die Stimme des Einzelmitglieds weiter an Gewicht verlieren könnte. Auf dem am Samstagvormittag in Munsbach stattfindenden Statutenkongress von „Déi Gréng“ soll eine offen geführte Orientierungsdebatte unter anderem über den weiteren Kurs der Partei in dieser Frage entscheiden.

„Technique du coup d'Etat“

Provinzbild auf der Place Clairefontaine: Nieselregen, drückend-grauer Himmel, vorbeihuschende Beamte auf dem Weg ins Wochenende. Doch die Ruhe trügt - denn hier wird gerade ein strategisches Organ der Staatsmacht von Linksextremen besetzt. „Letzten Freitag, gegen 16 Uhr betraten zirka 15 Demonstranten der jonk Lenk das Außenministerium in Luxemburg und zeigten eine Fahne“, konnte da die Polizei nur noch fassungslos feststellen. Doch waren die 15 taktisch verwirrt. Denn eigentlich hatten sie ja vor, den Immigrationsminister Nicolas Schmit mit den kürzlich erfolgten Abschiebungen zu konfrontieren. Der Pförtner im Außenministerium aber wusste Bescheid: „Ihr Idioten, lest die Zeitung wohl nicht! Nicolas Schmit befindet sich gar nicht hier, sondern im Arbeitsministerium am Rosengärtchen“, rief er vergebens den, an seiner Loge vorbeiziehenden, Jugendlichen zu. Im Treppenhaus des Außenministeriums, wurden dann trotzdem die Fenster geöffnet und Flagge gezeigt. Die war schwarz, und weiß aufgemalt stand drauf zu lesen: „No one is illegal“. Auch die inbrünstig angestimmten Sprechchöre waren auf Englisch: „No border, no nation! Stopp deportation!“. Wenig später kam dann auch die Polizei angerückt - gleich zu einem Dutzend. Zwischenzeitlich waren die Ministeriumsbesetzer jedoch schon weitergezogen... ins nächste Café.

AKTUELL

ZWANGSPROSTITUTION

Ein weiter Weg

Luc Caregari

Dass Luxemburg in Sachen Bekämpfung der Zwangsprostitution weder angemessen handelt noch recht weiss, wie das Tabuthema angegangen werden soll, zeigte ein Vortrag der Traumatologin Michaela Huber.

Wenn sie spricht, ist ihr Ton seltsam entspannt. Sie wirkt wie eine Motivationstrainerin bei einem Managerseminar - routiniert, mit angeclipptem Mikrofon und Fernsteuerung für die Powerpoint-Präsentation. Und das ist auch gut so, denn es gehört viel Mut dazu, ihr Thema überhaupt anzusprechen: Zwangsprostitution bleibt ein Tabu, und das obwohl - wie die Referentin unablässig betont - die Sache selbst omnipräsent ist. Die Diplompsychologin und Traumatherapeutin Michaela Huber, referierte vergangenen Mittwoch im Auftrag des Gleichstellungsministeriums über die körperlichen, seelischen und sozialen Folgen der Zwangsprostitution.

Was genau ist unter „Zwangsprostitution“ zu verstehen? Huber erläuterte die Unterschiede der zwei Varianten dieses Geschäfts: der von Menschenhändlern organisierten und der einheimischen. Während der erste Typ vor allem durch den Migrationsdruck und die Bereitschaft, die Heimat zu verlassen, entsteht, ist der zweite oft auf familiäre oder partnerschaftliche Abhängigkeiten zurückzuführen. Hier geht es häufig um Frauen - oder auch Männer -, die seit ihrer Kindheit sexuelle Gewalt erlebt haben und eigentlich nichts anderes mehr kennen.

Die Lage der migrierten SexarbeiterInnen ist besonders schlimm. Michaela Huber führt dies auf verschiedene Faktoren zurück: die verstärkte Nachfrage nach billigen Arbeitskräften im Westen, die geringen Möglichkeiten, legal eine Arbeit zu finden und die Tatsache, dass die Schleuserbanden besser organisiert sind als NGOs und Strafverfolger und daher enormen Druck auf die Frauen ausüben können. Seien es der Wink mit der jederzeit möglichen Abschiebung oder Drohungen gegen die Familie im Heimatland - die Menschenmafia hat Mittel, ihre Opfer gefügig zu halten: „Gegen die sind wir Waisenkinder“, betonte Huber. Allein in Europa werden pro Jahr 200.000 Menschen verkauft und versklavt. Und solange die Nachfrage besteht - 12 Prozent aller Luxemburger Männer frequentieren regelmässig Prostituierte, in Deutsch-

land sind es gut drei Millionen am Tag - wird es auch ein Angebot geben. Warum es so schwierig ist, gegen diese Zustände vorzugehen, erklärt Huber so: Rechtsstaatliche Massnahmen scheitern oft an einem Übermaß an Bürokratie oder Korruption; hinzu kommt die Angst der Betroffenen, belastende Aussagen zu machen. Aus Furcht vor Abschiebung oder vor Vergeltungsakten ziehen sie es vor, ihre Lage zu ertragen. Das oft schlechte Verhältnis zwischen Polizei und NGOs ist ein weiterer Faktor: „Die sprechen oft nicht unsere Sprache. Aber wir als Therapeuten wissen oft mehr als die Polizei und die Strafverfolger“, so Huber. Dies sei vor allem auf die Verschiedenheit der Interessen zurückzuführen: Die Polizei, erläutert sie, interessiert sich eher für die Details des Traumas und versteht oft nicht, dass sie mit Menschen zu tun hat, die unter unmenschlichem Druck stehen und oft selbst nicht mehr wissen, was wahr ist und was nicht - das führt oft zu Missinterpretationen und kann auch verursachen, dass Schutzbedürftige vom Gesetz nicht als solche anerkannt werden. Den Therapeuten geht es vor allem um den Menschen; die Details sind für sie zweit- bis drittrangig. Dass diese Menschen an einer posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) leiden - wie sie oft bei heimkehrenden Soldaten festgestellt wird - kommt noch erschwerend hinzu. Menschen mit PTBS stehen oft neben sich selbst und handeln für Aussenstehende zumeist ziemlich unlogisch, dies macht die Zusammenarbeit mit den Behörden oft fast unmöglich. Huber fordert deshalb eine bessere Zusammenarbeit zwischen NGOs und Polizei - und die Polizei muss sich stärker darauf einstellen, mit psychologisch schwer geschädigten Menschen zu arbeiten und diesen Schutz bieten.

Schlussendlich läge es in unserer Hand, mit dem Sklavenhandel aufzuräumen. Notwendige Maßnahmen hierbei wären ein automatisches Bleiberecht für ehemalige SexarbeiterInnen, die gegen ihre Peiniger aussagen, oder ein besserer Zugang zu legaler Arbeit für Migrantinnen. Davon sind wir - die Festung Europa mit ihren Abschiebeorgien - nicht nur noch weit entfernt, wir entfernen uns sogar zusehends noch mehr.